



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 3 4 - 0 0 0 4**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V

Personalmehrbedarf beim Straßenverkehrsamt für den Aufbau der Abteilung
Parkraumüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent/in

K o w o
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
(in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 11.001.245,48
in %: 14,7

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Führungsfunktion der neuen Kräfte der Parkraumüberwachung 1 VZÄ E 8 inkl. Arbeitsplatzkosten	67.718	67.718		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung
	x	2023	Führungsfunktion der neuen Kräfte der Parkraumüberwachung 1 VZÄ E 8 inkl. Arbeitsplatzkosten	68.878	68.878		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung
	x	2022	Abteilungsleitung der Parkraumüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit 1 VZÄ E 12 inkl. Arbeitsplatzkosten	92.160	92.160		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung
	x	2023	Abteilungsleitung der Parkraumüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit 1 VZÄ E 12 inkl. Arbeitsplatzkosten	102.785	102.785		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung

	x	2024 ff	Führungsfunktion der neuen Kräfte der Parkraumüberwachung 1 VZÄ E 8 inkl. Arbeitsplatzkosten	70.062	70.062		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung
	x	2024 ff	Abteilungsleitung der Parkraumüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit 1 VZÄ E 12 inkl. Arbeitsplatzkosten	104.646	104.646		130042	630098	34 Kommunale Verkehrsüberwachung
Summe einmalige Kosten:				506.249	506.249				

Summe Folgekosten:			
---------------------------	--	--	--

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Im 1. Schritt des personellen Aufbaus der Parkraumüberwachung wurden dem Straßenverkehrsamt 15,5 VZÄ zugewiesen. Aufgrund einer abweichenden Struktur der Parkraumüberwachung zur Kommunalen Verkehrspolizei müssen die personellen Voraussetzungen zur Trennung der beiden Bereiche und zur Erfüllung der Führungsaufgaben in dem Bereich der Parkraumüberwachung geschaffen werden.

Anlagen:

Anlage 1 Stellenbeschreibung Abteilungsleiter Parkraumüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit

C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

1. im Straßenverkehrsamt für die verkehrspolizeilichen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Landeshauptstadt Wiesbaden gesetzlich verpflichtet ist, eine Organisationsstruktur erforderlich ist, die die Kommunale Verkehrspolizei und die Parkraumüberwachung trennt.
2. insbesondere in Bezug auf die Aufgabenbereiche und die Befugnisse die beiden Einsatzgruppen zu unterscheiden sind.
3. eine Vermischung der beiden Einsatzgruppen verhindert werden soll und die Parkraumüberwachung eine eigenständige Führungsebene benötigt.

Es wird beschlossen:

1. Zum Stellenplan 2022/2023 wird beim Straßenverkehrsamt im Bereich der Abteilung 3404 „Parkraumüberwachung und Bürgerservice“ 1 VZÄ des gehobenen Dienstes im Stellenwert E12 TVöD geschaffen.
2. Im Bereich 340222 „Außendienst“ wird 1 VZÄ im Stellenwert E8 TVöD für verkehrspolizeiliche Aufgaben im Außendienst geschaffen.
3. Unmittelbar nach Beschlussfassung über diese Vorlage, vorab der Genehmigung der Haushaltssatzung, sind die Stellenbesetzungsverfahren einzuleiten. Die Planstellen können vorab der Beschlussfassung und der Genehmigung des Stellenplans überplanmäßig besetzt werden.
4. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 159.878 € und im Haushaltsjahr 2023 i. H. v. 171663 €. Die erforderlichen Mittel werden von V/34 auf der personalführenden Kostenstelle 1300342 als weiterer Bedarf zum Haushalt 2022/23 angemeldet.
5. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals des Dezernates V/34 um 2 VZÄ zu erhöhen.
6. Dezernat I / Amt 15 setzt in Zusammenarbeit mit Dezernat V / Amt 34 die erforderlichen Schritte zum Stellenplan V / 34 Doppelhaushalt 2022/23 zeitnah um.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zu Beschlussvorschlag 1.Leitungsfunktion Abteilungsleitung

Die vielfältige Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen, das Aufeinandertreffen verschiedenster Verkehrsarten, die gestiegene Verkehrsdichte und ein breites Spektrum von Mobilitätsangeboten und -bedürfnissen führen dazu, dass der Aufgabenkatalog der Kommunalen Verkehrspolizei zunehmend umfangreicher wird. Um die Bewohnerparkbereiche und die Parkscheinzonen ausreichend zu bestreifen, war die Ausstattung an Mitarbeitern in der Verkehrsüberwachung zu gering. Um die gestiegenen Anforderungen zu kompensieren wurden dem Straßenverkehrsamt 15,5 VZÄ E6 zugewiesen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der neu geschaffenen Einheit der Parkraumüberwachung bestreifen vornehmlich die Bewohnerpark- und Parkscheinebereiche. Mit der Einrichtung von Bewohnerregelungsbereichen erwarten die betroffenen Bewohner, dass die dafür ausgewiesenen Flächen auch zur Verfügung stehen. Dementsprechend muss eine hohe Überwachungsdichte gewährleistet werden. Durch die regelmäßigen Kontrollen und Verwarnung von Haltern von falsch abgestellten Fahrzeugen, die Fußwege zustellen oder eine Gefährdung der Schulwege darstellen, wird die Verkehrssicherheit erhöht und das Unfallrisiko verringert werden.

Die notwendige Führungsstruktur für die neu geschaffene Einheit fand bei der Stellenzusetzung keine Berücksichtigung. Die Einheiten der Parkraumüberwachung und der Verkehrspolizei unterscheiden sich in den erteilten Befugnissen, den Schichtzeiten, den Einsatzgebieten und der Entgeltgruppe. Um eine Vermischung der beiden Gruppen zu verhindern, ist die Schaffung einer Abteilung Parkraumüberwachung, Bürgerservice notwendig.

	Kommunale Verkehrspolizei	Parkraumüberwachung
Schichtsystem	Frühschicht: 06:00 Uhr - 14:18 Uhr Spätschicht: 13:42 Uhr - 22:00 Uhr 24/7 Tagschicht: 06:00 Uhr - 18:00 Uhr 24/7 Nachtschicht: 18:00 Uhr - 06:00 Uhr	Frühschicht: 08:30 Uhr - 16:48 Uhr Spätschicht: 12:12 Uhr - 20:30 Uhr
Aufgabenbereich	Allgemeine Verkehrsüberwachung, feststellen von Verkehrsverstößen, Gefahrenabwehrverordnung, selbständige Einteilung unter Berücksichtigung der eingehenden Anfragen der Wiesbadener Bürger/Bürgerinnen nach selbständiger Priorisierung	hauptsächlich Bestreifen der Bewohnerparkzonen und der Parkscheinebereiche, Feststellen von Verkehrsverstößen im ruhenden Verkehr
Einsatzgebiet	Das gesamte Stadtgebiet inkl. der Vororte.	Das gesamte Stadtgebiet inkl. der Vororte.
Entgeltgruppe	E8	E6

Für die Führungsstruktur der Abteilung Parkraumüberwachung, Bürgerservice ist die Zusetzung eines VZÄ E12 für die Funktion der Abteilungsleitung notwendig. In dieser Abteilung werden die Parkraumüberwachung, das Beschwerdemanagement und die Öffentlichkeitsarbeit vereint.

Zu Beschlussvorschlag 2.Zusetzung 1 VZÄ E 8

Für die neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Parkraumüberwachung wurden zwei neue Dienstgruppen geschaffen. Für diese Dienstgruppen wurden über eine Funktionsausschreibung unter dem Personalbestand der Verkehrspolizei zwei erfahrene Mitarbeiter/-innen gesucht, die die Funktion einer Dienstgruppenleitung übernehmen. Nach der Besetzung der Dienstgruppenleitungen werden diese Mitarbeiter/-innen mit ihren Stellen in den Bereich der Parkraumüberwachung verschoben.

Das Anforderungsprofil an die Mitarbeiter/-innen der Kommunalen Verkehrspolizei ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Die Kräfte werden vermehrt durch Projekte gebunden, sodass die Verkehrsüberwachung und die Aufgaben der Gefahrenabwehr stark vermindert bearbeitet werden können. Besondere Handlungsfelder waren und sind die Umstellung der Lichtzeichenanlagen auf das DigiV-System und die Durchführung des „Pariser Modells“ zur Unterstützung der Reinigungsarbeiten der ELW. Die Umsetzung der Verkehrswende macht weitreichende Kontrollen im Stadtgebiet notwendig. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen und die Einhaltung der neu eingeführten Verkehrssituationen müssen stetig kontrolliert werden. Zu diesen geänderten Verkehrssituationen zählen neben den neu geschaffenen Radverkehrswegen, die Verkehrsversuche „Fußgängerzone Wellritzstraße und Hafestraße“. Die vorgenannten Veränderungen bedürfen einer stetigen Kontrolle und einer Betreuung der ansässigen Bürger/-innen zur Steigerung der Akzeptanz. Ein weiteres großes Aufgabenfeld ist die Regelung der Verkehrssituation um den Kollaps der Salzachtalbrücke.

Die vorgenannten Aufgaben und der Wegfall von zwei VZÄ für die Dienstgruppenleitungen der Parkraumüberwachung sind nicht miteinander vereinbar. Beide Vorgänge sind jedoch alternativlos, sodass die Minderung der Kommunalen Verkehrspolizei erfolgen musste. Um diese Reduktion zu kompensieren, wird die Neuschaffung eines neuen VZÄ E8 beantragt.

Durch diese Sitzungsvorlage soll die Parkraumüberwachung in die Lage versetzt werden, den gestellten Aufgaben strukturiert und kontrolliert nachkommen zu können. Die Kommunale Verkehrspolizei soll durch diese Sitzungsvorlage wieder gestärkt werden.

Sie soll einer weiter andauernden Überlastung der Mitarbeitenden entgegenwirken und dem Gedanken einer gesunden und verantwortungsvollen Führung in der Stadt Wiesbaden Rechnung tragen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Nicht von diesem Vorhaben berührt.

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Die in der Sitzungsvorlage beschriebenen Maßnahmen sind alternativlos.

Wiesbaden, 15. September 2021

☎ 3223 mw


Kowol
Stadtrat